
FDP Bad Vilbel

CO2 DECKEL STATT EINZELREGULIERUNG

12.07.2017

> > Thomas M. Reimann mit einer VhU-Delegation bei Marie-Luise Dött in Berlin > > Der Bad Vilbeler FDP-Vorsitzende, der auch stv. Vorsitzender des VhU-Bauausschusses ist, besuchte mit einer kleinen VhU-Delegation am 11. Juli 2017 die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit und umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU Bundestagsfraktion Marie-Luise Dött MdB (CDU) in Berlin. Begleitet wurde Reimann vom Energieexperten der VhU Dr. Vladimir von Schnurbein, sowie Dr. Birgit Ortlieb (DOW Deutschland Inc.). > > Zur Diskussion stand der VhU-Vorschlag „CO2-Deckel statt Einzelregulierung“. Im Kern geht es um einen jährlich sinkenden CO2-Deckel bei Benzin und Diesel, sowie bei Heizöl und Erdgas mit einem System handelbarer CO2-Zertifikate, statt ständig neuer Verteuerungen und Vorschriften. > > Für Reimann war in diesem Zusammenhang wichtig, auf die Auswirkungen hinzuweisen, welche Entwicklungen im Hauswärmebereich nach Einführung eines CO2-Deckels zu erwarten wären. > > Rund 50 Prozent der Erdölheizungen in Deutschland sind älter als 20 Jahre, insgesamt rund 5,7 Millionen Heizungen. Durch Modernisierung ließe sich der Heizölverbrauch bei diesen Anlagen um 20 bis 30 Prozent reduzieren. Bei einem 4-Personen-Haushalt und einem Einfamilienhaus mit 150qm liegt der durchschnittliche Heizölverbrauch bei 2500 Liter pro Jahr. Altbauten mit einem Baujahr vor 1977 haben durchschnittlich einen doppelt so hohen Heizölverbrauch wie Gebäude mit Baujahr ab 2002. > > Im Gebäudebestand liegen nach wie vor große Effizienzpotenziale brach und werden inzwischen nicht mehr gehoben, weil die EnEV unwirtschaftliche Anforderungen stellt. > Durch den CO2-Deckel für den Gebäudesektor würde die energetische Sanierung angeregt, ohne dass die Verbraucher zur Komplettsanierung gezwungen wären. Es könnten Schritt für Schritt Heizung, Dach, Fenster und Fassade in Angriff genommen werden. Je nachdem, wie es für die Bewohner am einfachsten oder günstigsten ist. Anbieter müssten künftig wieder den Kunden überzeugen – und nicht mehr den Politiker oder Verwaltungsmitarbeiter, der die Effizienzvorschrift schreibt. > > Reimann führte in

diesem Zusammenhang aus, dass die EnEV inzwischen beachtlicher Kostentreiber und Modernisierungsverhinderer geworden ist, was das Schaffen von kostengünstigem Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen, insbesondere in Ballungsregionen, nicht mehr möglich macht. Diese Situation kann auch der soziale Wohnungsbau nicht entschärfen, da die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum das Angebot auch auf längere Sicht deutlich überschreiten wird. > > „Man muss den Mut haben, die Schraube an Verordnungen und Vorschriften auch einmal zurück zu drehen. Die bis 2050 definierten Klimaziele sind notwendig und gut, aber der Weg dorthin viel zu kompliziert. Bürger sollten frei entscheiden dürfen, wie Sie das Ziel zum „CO2-Deckel“ jährlich erreichen. Deutschland ist bekannt für seine Innovationen, wir müssen technologieoffen sein, Freiraum für neue Entwicklungen schaffen, die EnEV auf das durchaus vernünftige Niveau von 2012 zurückführen, beispielsweise Blockheizkraftwerken, Erdwärme, neuen Fenstern oder einer neuer Dämmung des Daches bei Bestandsbauten wieder stärker werten und berücksichtigen“, so der stv. Vorsitzende des VhU-Bauausschusses. > > Großes Interesse zeigte Frau Dött an dem Vorschlag der VhU. Die Kernaussage des VhU-Vorschlags ist: „Klimaschutz geht günstiger“ > > Der VhU-Vorschlag greift eine Fülle von Fragen auf und gibt auch die entsprechenden Antworten. So gaben Frau Dr. Birgit Ortlieb und der Energieexperte der VhU, Dr. Vladimir von Schnurbein umfangreiche Informationen, Anregungen und Antworten, wie zum Beispiel, wer von den neuen Cap-and-Trade-Systemen erfasst wird, wer die Einhaltung der CO2-Deckel gewährleisten würde, wie die Zertifikate versteigert werden und wo der Unterschied zu einer CO2-Steuer ist, welche Entwicklungen im Verkehrssektor nach Einführung eines CO2-Deckels zu erwarten sind und damit eng verbunden, welche Zertifikate-Preise zu erwarten sind, aber natürlich auch, welche Möglichkeiten Versorger haben, um ihre Einsparvorgaben umzusetzen. > > Ein Kernthema für Reimann, der auch ehrenamtlich im Vorstand des BDB Frankfurt Rhein-Main und dem Verband baugewerblicher Unternehmer mitwirkt, war die Frage, welchen Anreiz Vermieter haben, in Energieeffizienz zu investieren, wenn die Mieter über höhere Brennstoffkosten die Kosten ausbleibender Investitionen zu tragen haben. > > Und auch dazu führte Reimann den VhU-Vorschlag aus: „Heute ist es Vermietern möglich, die Kosten für energetische Sanierung auf den Mietpreis umzulegen – wodurch unwirtschaftliche Maßnahmen attraktiver werden und es häufig zu sozialen Härten kommt. > > Durch die Einführung von CO2-Deckeln wäre das nicht mehr nötig. Die Mieter hätten die Möglichkeit, den Anbieter auszuwählen, der die staatlich vorgegebene CO2-Minderung zu den geringsten Kosten möglich macht und so den günstigsten Gas-

oder Heizölpreis anbietet. > > Auch für Vermieter wäre eine energetische Sanierung ihrer Wohnungen interessant – solange die Effizienzmaßnahmen wirtschaftlich sind. Der potentielle Mieter wird in Anbetracht der Warmmiete darüber entscheiden, welchen Grad an energetischer Sanierung er sich aussucht. Anbieter von Produkten für Energieeffizienz im Gebäudebereich wären künftig gezwungen, wirtschaftliche Angebote zu machen und könnten sich nicht länger auf immer schärferen Effizienzvorgaben ausruhen. Das treibt die Kosten nach unten und regt Innovationen an.“ > > > > v.l. Dr. Vladimir von Schnurbein, Dr. Birgit Ortlieb (DOW Deutschland Inc.), Marie-Luise Dött, Thomas M. Reimann (ALEA AG)

